

EXAMEN D'ENTREE EN DEUXIEME ANNEE 2023

Epreuve de Langue (durée conseillée 1h30)

ALLEMAND

Vorschläge zur Reform der Altersvorsorge - Wie können die Renten finanzierbar bleiben?
Deutschlandfunk, 16.12.2022

Die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland wird durch ein Umlageverfahren (retraite par répartition) finanziert. Das bedeutet, dass die laufenden Rentenzahlungen überwiegend durch Rentenbeiträge (cotisations) der aktuell erwerbstätigen Menschen finanziert werden. Gleichzeitig erarbeiten die aktuellen Beitragszahler sich selbst Ansprüche (droits) auf eine Rente, die dann wiederum die nachfolgenden Arbeitnehmer-Generationen finanzieren müssen. Dieses System wird auch Generationenvertrag genannt.

Problematisch daran ist, dass aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland immer weniger Erwerbstätige für immer mehr Rentnerinnen und Rentner zahlen müssen. Denn während die Geburtenrate niedrig bleibt, steigt die Lebenserwartung der Bevölkerung und dadurch gibt es immer mehr Menschen in höherem Alter. Und wenn Menschen länger leben, beziehen sie auch länger Rente. Deshalb wird die Rentenversicherung auch mit Steuermitteln (recettes fiscales) bezuschusst. Sie decken rund 30 Prozent der Ausgaben und machen mehr als ein Viertel des Bundeshaushalts aus.

Um die Gefahr zu bannen, dass die laufenden Einnahmen der Rentenversicherung eines Tages nicht mehr ausreichen, um die Rentenzahlungen zu finanzieren, gibt es verschiedene Ansätze, die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung zu stabilisieren.

Möglichkeit 1: Die Rentenbeiträge steigen – Erwerbstätige und Arbeitgeber zahlen mehr ein

Fast alle Parteien wollen die Altersvorsorgebeiträge (cotisations pour la retraite) erhöhen. Höhere Rentenbeiträge bedeuteten allerdings weniger Nettoeinkommen für Beschäftigte, ohne dass dies die Strukturprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung löse, denken einige Experten. Für die Arbeitgeber bedeuteten sie höhere Kosten, was wiederum Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen habe.

Der Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Dietmar Bartsch, forderte zudem eine Rentenreform, nach der auch Beamte und Selbstständige in die Rentenkasse einzahlen.

Möglichkeit 2: Das Renteneintrittsalter steigt – Erwerbstätige arbeiten länger

Nach aktueller Rechtslage wird die Altersgrenze für die Rente ohne Abschläge (décôte) bis zum Jahr 2029 bereits schrittweise von 65 auf 67 Jahre angehoben. Viele Experten fordern darüber hinaus eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters, auf 68 Jahre, im Jahre 2042. Die Jahre, in der ein Mensch Rente bekomme dürfe nicht von der allgemeinen Entwicklung der Lebenserwartung abgekoppelt (déconnecter) werden.

Andere Sozialwissenschaftler vertreten einen anderen Standpunkt: Statt mit einem höheren gesetzlichen Renteneintrittsalter zu drohen, sollten positive Anreize gesetzt werden. Die entscheidende Frage sei, wie Arbeitsplätze so weiterentwickelt und umgebaut werden könnten, dass sie auch für die stark steigende Anzahl an über 60-Jährigen Menschen attraktiv würden, sodass sie möglichst lange arbeiten und so dem Arbeitsmarkt erhalten bleiben könnten.

Möglichkeit 3: Das Rentenniveau sinkt – Rentner erhalten weniger

In der Politik ist eine Absenkung des Rentenniveaus aber derzeit zumindest kein Thema. Allerdings schlagen sowohl SPD als auch Linke vor, die Gruppe der Beitragszahler zu erweitern, etwa um Selbstständige und Beamte.

Möglichkeit 4: Der Bundeszuschuss steigt – die Steuerzahler zahlen mehr ein

Bereits jetzt zahlt der Bund etwa 100 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt (budget de l'Etat) als Zuschuss in die gesetzliche Rentenversicherung ein. Laut einigen Experten würde die Finanzierung der Rentenkassen bis 2050 fast 40 Prozent des Bundeshaushalts beanspruchen.

Die Prognosen sagten außerdem einen massiven Anstieg an Altersarmut voraus: Viele Menschen hätten unterbrochene Erwerbsbiografien und könnten gar nicht 42 Jahre Vollzeit einzahlen. Vor allem Frauen seien davon betroffen. Alle diese Menschen bräuchten die staatlichen Hilfen, um eine Rente zu bekommen, von der sie leben könnten. Der Staat müsste das Geld dafür anderswo einsparen oder Steuern erhöhen oder noch mehr Schulden machen ... Das bedeute weniger Mittel für Investitionen in den Klimaschutz, die Infrastrukturen, in Forschung, in die Bildung usw.

I-FRAGEN ZUM TEXT (8 Punkte)

Antworten Sie in einigen (4 – 8) Sätzen auf die folgenden Fragen! **Sie dürfen aber nicht ganze Sätze zitieren oder abschreiben.**

- 1) Welches sind die wichtigsten Reformprojekte für die Renten?
- 2) Wie werden die Renten heute in Deutschland finanziert?
- 3) Welche Probleme muss der deutsche Staat in Bezug (par rapport à) auf die Renten in der Zukunft lösen?

II-SCHRIFTLICHER AUSDRUCK (12 Punkte)

Schreiben Sie einen Aufsatz von 300 Wörtern (+/- 10%).

Vergleichen Sie die Diskussion um die Rentenreform in Deutschland und Frankreich. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es? Welche Rolle spielt z. B. das Thema soziale Gerechtigkeit?